

*Archives dans le bureau avec lettre
de certains membres de l'Union le
11 VII 18.*

Zum Landesstreik

Ein wildes Kesseltreiben geht gegen die Arbeiterschaft und gegen die Sozialdemokratie.

Warum? Was ist geschehen?

Die Arbeiterschaft hat sich für ihr Recht gewehrt. Sie hat ihre jetzt von weiten Kreisen des Bürgertums gebilligten, als vernünftig und durchführbar bezeichneten Forderungen auf legalem Wege erhoben und mit dem legalen Mittel des allgemeinen Streiks dafür gekämpft, nachdem die Demokratie durch die Diktatur des Militärs und der einseitig bürgerlichen Regierung ersetzt, verfassungsmäßige Initiativen dem Volke unterschlagen und die Forderungen der Arbeiterschaft höhnisch zugunsten der Spekulanten, Schieber und Wucherer abgewiesen worden sind. Deswegen lästert, beschimpft und verleumdet man die Arbeiter und ihre Wortführer.

Die Verleumdungen übersteigen alles Maß. So wird behauptet, der Landesstreik, die Arbeiterschaft und ihre Führer seien schuld an den beklagenswerten Todesopfern der Grippe in der Armee. Das ist eine ungeheuerliche Fälschung der Tatsachen. Der Streik war die Antwort, die Rot- und Abwehraktion gegen das Truppenaufgebot. Das Truppenaufgebot ging dem Streik voraus. Um gegen die Verwendung der Armee wider eine wehrlose Volksmenge Einspruch zu erheben, wurde der Proteststreik und in seinem Gefolge der Landesstreik erklärt. Dem Bundesrat ist seitens der Arbeitervertreter erklärt worden, daß der Landesstreik unterbleibe, wenn die Truppen nach Hause geschickt würden. Der Bundesrat hat das abgelehnt und damit eine furchtbare Verantwortung auf sich geladen.

Jetzt graut den Urhebern des Truppenaufgebotes im Zürcher Regierungsgebäude und im Bundeshause vor den Folgen ihres Treibens. Im Angesicht der Totenklage wollen sie die Verantwortung auf die Arbeiterschaft, auf das ausgebeutete und leidende Volk abwälzen. Wir weisen diesen, die Tatsachen fälschenden, vom schlechten Gewissen der Regierenden zeugenden Versuch mit aller Entschiedenheit zurück.

Wäre es den Herren mit dem Kampf gegen die Grippe übrigens ernst, so würden sie die gesunden Truppen endlich nach Hause entlassen. Aber noch heute ist die Bundesstadt belagert. Noch heute führt man vor dem Bundeshaus lächerliche Paraden auf und leistet der unheimlichen Seuche Vorschub. So wenig sie den Armeearzt entfernten, so wenig treffen sie jetzt Vorsorge gegen eine weitere Ausbreitung der Ansteckungsgefahr.

Eine ebenso verleumderische Aktion hat gegen die sozialdemokratischen Gemeinderäte der Stadt Bern eingeleitet. Weil die Gemeinderäte Müller, Schneeberger und Grimm zur Arbeiterchaft standen, sollen sie jetzt als Vertreter der sozialistischen Gemeinde unwürdig sein! Anonyme Schreier werfen ihnen Amtspflichtverletzung vor, **ohne nur den Schatten eines Beweises für diese Behauptung zu erbringen.** Auch dagegen erheben wir Einspruch, und wir sind stolz darauf, daß unsere Vertreter in der Stunde der Gefahr die Interessen der Arbeiter gegen die Interessen der Kapitalisten und großen Herren verteidigten.

Verwahrung endlich legen wir ein gegen die Gründung der **Bürgerwehr.** Dieser Schildbürgerstreich wird mit dem Hinweis auf die angebliche Gewalttätigkeit der Arbeiterchaft zu begründen versucht. **Wo aber stand in Wirklichkeit die Gewalt? Sie war auf seiten des Bürgertums und der Armee. Die Arbeiterchaft ist nicht mit Gewehren ausgerückt. Sie hatte keine Maschinengewehre.** Sie hat nicht die abscheuliche Lehre vertreten, daß der Wehrmann auf die eigenen Volksgenossen, auf eigene Angehörige, auf seine Frau und Kinder schießen soll. Das blieb den sogenannten Hütern von Recht und Ordnung vorbehalten, die den Soldaten zumuteten, zu Mördern an den eigenen Landeskindern zu werden.

Die Gründung der Bürgerwehr, der an einzelnen Orten sogar Waffen und Munition aus den Zeughäusern verabsolgt worden sein sollen, ist ein Akt **unerlaubter Selbsthilfe, der Ausfluß brutaler Gewalttätigkeit.** Wir protestieren gegen diese Gewalttätigkeit.

Wir fordern die Arbeiter auf, **ruhig Blut zu bewahren.** Bereits zeigen sich die positiven Wirkungen des Generalstreiks. **Der Proporz marschiert, die Neuwahl des Nationalrates marschiert, der Achstundentag ist im Anmarsche, die übrigen Forderungen des Ulterer Aktionskomitees stehen zur öffentlichen Diskussion.** Alle Kräfte und Anstrengungen für unsere Sache und unsere Forderungen gilt es jetzt zu verdoppeln.

Der durchsichtige Versuch des schamlosen Kesseltreibens anonymer Schnapphähne und bürgerlicher Zeitungen, die sozialistische Mehrheit in der Gemeinde Bern zu beseitigen, wird scheitern, wenn jeder Arbeiter seine Pflicht als Klassen-genosse erfüllt.

Vorwärts zu neuer Arbeit und neuen Kämpfen!

Arbeiterunion Bern.